

Erwiderung zu den Reymann-Lange-Schreiben

Gabi Ohler, Mitglied des PV, 30.06.2011

C. Reymann und B. Lange schicken Briefe an den PV und in die Welt, deren Inhalt eine Wirklichkeitswahrnehmung widerspiegeln, die von mir – und sicher auch anderen – nicht geteilt wird.

1. Reymann und Lange agieren nicht als DIE Vertreterinnen der Bundes-LISA. Die von ihnen eingereichten Texte sind den anderen Bundes-LISA-Sprecherinnen nicht einmal bekannt. Insofern ist es auch fraglich, welches „hohes Gut die Gemeinsamkeit von LISA“ tatsächlich für die beiden ist.
2. Es ist nicht richtig, dass DIE LISA als „sozialistisch-feministisch bundesweit tätige Frauenstruktur“ ausgegrenzt wird.
 - (1) Viele LISA-Frauen haben diesen Antrag mit eingereicht oder unterstützen ihn.
 - (2) Obwohl der PV-Beschluss zur Frauenstrukturkommission beinhaltete, dass neben je einer Frau aus den Ländern (die durchaus LISA-Frauen sein können) zusätzlich noch eine Bundes-LISA-Frau mitarbeiten kann und obwohl stattdessen fünf sich als Bundes-Lisa verstehende Frauen angereist sind, haben die anwesenden PV- und Ländervertreterinnen bei der Sitzung am 25.6. in Hannover akzeptiert, dass alle fünf mitdiskutieren und mitstimmen konnte.
3. Es ist nicht richtig, dass der PV keinen Beschluss fassen darf, ohne LISA vorher gefragt zu haben.

Reymann und Lange beziehen sich auf den § 7 (3) der Bundessatzung. Darin heißt es: *„Zusammenschlüsse bestimmen selbständig den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie zur Politik der Partei und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen der Partei leisten. Sie sind entsprechend ihren Schwerpunktthemen aktiv in die Arbeit von Parteivorstand, Kommissionen und Arbeitsgremien aller Ebenen einzubeziehen.“*

Dort steht nicht, dass der PV nur einen Beschluss fassen darf, wenn er vorher die Bundes-LISA gefragt hat.
4. Es ist nicht richtig, dass die besagten Frauen von dem PV-Beschluss keine Kenntnis hätten haben können. Dieser wurde am 30.12.2010 an alle Teilnehmerinnen der BFK verschickt. Die Information über die Zusammensetzung der Strukturkommission war also keine Klandestine.
5. Es ist nicht richtig, dass der Vorschlag für einen Bundesrat LINKE FRAUEN andere Organisationsformen, Vernetzungen, Zusammenarbeit innerhalb von Ländern, länderübergreifend sowie auf der Bundesebene ausschließt. Im Gegenteil. In ihm sind Vertreterinnen bundesweiter Strukturen (LISA, BAG Queer, solid und SDS).
6. Es ist nicht richtig, dass DIE LISA inhaltlich ausgegrenzt würde, weil der Beschluss so knapp ausgegangen ist. Es war so knapp,
 - (1) weil einige den Bundesrat unterstützende Frauen am 25.6. keine Zeit hatten,
 - (2) andere vor der Endabstimmung gehen mussten, weil die Diskussion länger als die vorgesehene Zeit dauerte
 - (3) die Vertreterinnen der Länder (die sich an die Vorgabe gehalten haben, jeweils eine Frau zu schicken) im Vergleich zu den sich als Bundes-LISA verstehenden Frauen im Nachteil waren, weil diese fünf statt der einen vorgesehenen Stimme hatten
7. Es ist nicht richtig, dass sich die anwesenden Frauen grundsätzlich einem Kompromiss verweigert hätten. Es gibt jedoch Entscheidungen, die zwar inhaltlich beraten werden, aber nicht konsensual entschieden werden können, da sie sich gegenseitig ausschließen. Egal wie lange man berät. (Siehe auch das Papier: Konsens und Selbstermächtigung als Blockademittel.)

8. Es ist nicht richtig, dass der Konflikt nicht bearbeitet worden wäre.
 - (1) Zunächst kamen wir nicht zu den inhaltlichen Diskussionen, weil nacheinander N. Rietz-Heering, C. Reymann und B. Lange mit Anträgen zur Tagesordnung, zur Geschäftsordnung, zur Zusammensetzung der Kommission etc. die inhaltliche Debatte verschleppten.
 - (2) Als wir zu den Inhalten kamen, haben wir festgestellt: es gibt inhaltliche Übereinstimmungen hinsichtlich der Vernetzungsarbeit und Autonomie auf anderen Ebenen und Differenzen, die nicht im Konsens zusammengeführt, sondern lediglich alternativ abgestimmt werden können.
 - (3) Weil der Konflikt bearbeitet wurde, dauerte die Sitzung zwei Stunden länger, als geplant. Aber es gibt – wie gesagt – nicht immer die Möglichkeit einer Einigung. Die Frage, ob es einen Bundesrat geben soll, kann man nur mit ja oder nein beantworten. Die Frage, ob Frauen dorthin delegiert werden oder sich selbstermächtigen, kann nur so oder so entschieden werden. Die Frage, ob ein Bundesrat LINKE FRAUEN ausschließlich feministisch arbeitet oder auch frauen-, gleichstellungs- und genderpolitisch arbeiten kann und ob daraus ein Feministisches Manifestes als Voraussetzung eines Bundesrates resultiert oder nicht, kann ebenfalls nur alternativ abgestimmt werden. Dies ist geschehen. Mit einem knappen, aber mit einem Ergebnis.
 9. Es ist nicht richtig, dass eine Struktur, die es in einer anderen Partei schon gibt – in diesem Fall Bündnis 90 / Die Grünen – automatisch zur Übernahme ihrer neoliberalen Politik führt.

Ein organisatorischer Rahmen kann so gefüllt werden, wie es die handelnden, feministischen, sozialistischen, aktiven und engagierten Frauen für richtig halten. Andernfalls hätten wir auch die – von den Grünen zuerst eingeführte – 50-Prozent-Quotierung nicht übernehmen dürfen, weil auch die Quote Frauen in Positionen bringen kann - und bringt – die sich keineswegs als feministisch verstehen.
 10. Es ist nicht richtig, dass ein Bundesrat, in den Frauen delegiert werden, autonome und selbstständige Strukturen ausschließt.
 - (1) Die Frauen in den Ländern können sich die Strukturen geben, die sie wollen, können sich in ihren Strukturen selbstermächtigen oder für ein Delegationsprinzip entscheiden und können länderübergreifend zusammen arbeiten.
 - (2) Die Bundesfrauenkonferenz als höchstes beschlussfassendes Gremium der Frauen in der Partei DIE LINKE funktioniert weiterhin nach dem Selbstermächtigungsprinzip. Jede Frau, die will, kann dorthin kommen, mit diskutieren und mit abstimmen.
 - (3) Selbstverständlich kann die BAG Lisa auch mit einem Bundesrat weiter bestehen.
 - (4) Der Bundesrat LINKE FRAUEN verhindert in keiner Weise eine europäische Zusammenarbeit oder eine Zusammenarbeit von Frauen / Frauenstrukturen mit anderen gesellschaftlichen Akteurinnen.
 11. Es ist nicht richtig, dass neben dem Bundesrat kein Platz für eine Frauenorganisation ist. Entscheidend ist nur, ob diese von einem „relevanten Teil der Frauen in der LINKEN“ gewollt ist.
 12. Es ist anzuzweifeln, dass der Bundesrat von „einem relevanten Teil der politisch aktiven Frauen nicht mitgetragen“ werde.

Unklar ist, von welchem „relevanten Teil“?

Meinen sich da Reymann–Lange–Rietz-Heering nicht nur selbst?
- Und:
13. Es ist nicht richtig, dass Selbstermächtigung und Konsens immer und überall die Demokratie befördern. (Siehe beiliegendes Papier.)